

# standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 274 - 13. Jahrgang

**EDITORIAL**



Hans Rudolf Gysin  
Nationalrat, Direktor  
Wirtschaftskammer  
Baselland

## Wann kommt das Umdenken?

Seit je ist mir klar, dass in Sachen Verkehrsbewältigung nur eine Politik tatsächlich erfolgreich sein kann: wenn nämlich Strasse und Schiene als gleichwertige Partner zur Bewältigung der wachsenden Mobilität eingesetzt werden. Die bisherige geradezu planwirtschaftliche Strategie der krampfhaften staatlichen Verhinderung des Strassenverkehrs und der (zu) oft auch unsinnigen Überbewertung der Schiene führt in zunehmendem Masse in die Sackgasse: einerseits punkto Finanzierbarkeit und andererseits bezüglich tatsächlicher Bewältigung des Verkehrsaufkommens. Ich meine damit eine Bewältigung, die sowohl ökologischen als auch ökonomischen Ansprüchen genügt.

Ich applaudiere sicher nicht bei jedem neuen EU-Ukas - schon gar nicht, wenn man hierzulande meint, man müsse jeden Unsinn aus Brüssel sofort auch aufs Auge von Familie Schweizer drücken. Zum Thema partnerschaftliche Verkehrsbewältigung - gemeinsam durch Schiene und Strasse - ist die EU jedoch inzwischen deutlich weiter; aus meiner Sicht eben auf der richtigen Schiene bzw. Strasse. Wohingegen bei uns - derzeit besonders aktuell - der Schwarze Peter der Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur nicht nur in der Politik, sondern insbesondere auch von den Verkehrs-Ideologen moralinsauer hin und her geschoben wird und dabei von einer Absurdität in die nächste schlittert. Ein Umdenken wie in der EU ist unerlässlich, sonst haben wir schon bald ein ökonomisches und auch ökologisches Schlamassel.

**TREIBSTOFFZOLL-ERHÖHUNG** - Weil dank umweltfreundlicherer Motoren weniger Benzin verbraucht wird, will der Bund die Zölle anheben.

## Der ganz normale Fiskal-Wahnsinn

Laut einem Interview mit einem leitenden Angestellten des Bundesamtes für Strassen (ASTRA), das die «SonntagsZeitung» Mitte Januar publiziert hat, denkt man in diesem Amt offenbar sehr laut über eine Erhöhung der Treibstoffzölle nach - konkret geht es dabei um rund 4 bis 7 Rappen pro Liter ab 2015. Das erstaunt an sich nicht weiter, denn die Finanzierungsprobleme bei der Strasse und bei der Bahn sind längst kein Geheimnis mehr. Aufhorchen lässt allerdings die Begründung für diese Preiserhöhung des nämlichen Bundesamtes: **Weil immer mehr verbrauchsarme Autos verkehrten, erodiere der Steuerertrag in alarmierendem Mass und damit fehlten die Mittel für den Ausbau der verstopften Nationalstrassen.**

**Ziel in Reichweite ...**

Das muss man sich als stets «geprügelt» Benutzer des motorisierten Individualverkehrs genüsslich auf der Zunge zergehen lassen - zumindest im ersten Anlauf: Allen sprichwörtlichen «Luftschutz-Sirenen» der Öko-Lobby zum Trotz scheinen die immer schärferen Restriktionen und immer happiger werdenden Lenkungsabga-

ben zu greifen: Herr und Frau Schweizer haben die dauernd gepredigten Horrorszenarien zur miserablen Luft, insbesondere aber zum Klimawandel offensichtlich ernst genommen bzw. nehmen diese Warnungen weiterhin ernst. Sie steigen tatsächlich wie erwünscht auf verbrauchsärmere Fahrzeuge um. Eigentlich ein toller Erfolg für alle institutionellen Schwarzseher und Umwelt-Unkenrufer - ob in NGOs (nicht behördlichen Organisationen) oder in einschlägigen Amtsstuben. Deren Dauerfeuer in der jüngeren Vergangenheit hat sich offenbar gelohnt. Und wenn sich etwas lohnt - gerade im Umweltbereich - dürften doch eigentlich jene, die sich dergestalt «vorbildlich» verhalten haben, doch auch auf eine «Belohnung» hoffen, oder?

**... aber auch die Fiskal-Zuchtrute**

Denkste! Gerade das Gegenteil ist der Fall, wie das ASTRA verlauten lässt. Weil immer mehr fossile Energie zielgerecht eingespart wird, werden die Protagonisten dieses Erfolgs nicht etwa belohnt, sondern abgestraft: Sie müssen in absehbarer Zeit einen schönen Batzen mehr für ihren Sprit bezahlen. Selber schuld, hätten sie nicht gespart ...



Die Treibstoffbesteuerung beinhaltet - systembedingt - einen «Killerfaktor».

Unter diesem Lichte betrachtet wird das ganze Elend des fiskalischen Trittbrettfahrens erst so richtig bewusst: Einerseits diktiert der Staat mit teils rigorosesten Massnahmen - in diesem Fall - Luftreinhalte- und Klimaschutzziele. Wenn dann jedoch der angestrebte Erfolg eintritt oder aber

sich zumindest abzeichnet, ist der gleiche Staat aus finanziellen Gründen geradezu unerbittlich gezwungen, seine systembedingten Einnahmeherausfälle bei jenen wieder einzufordern, die das Erreichen dieser Ziele

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

**ERFOLGLOSE POLITIK** - Die Schiene verliert im Transit von Jahr zu Jahr Marktanteile

## Zwangsverlagerung ist gescheitert

Die Schiene verliert im Transit durch die Schweizer Alpen weiter an Marktanteilen. Während der Strassen-transport wegen der Krise um 7 Prozent zurückgegangen ist, hat die Bahn gar 17 Prozent eingebüsst. Der Modal-Split ist von 64 auf 61 Prozent gesunken. Eine triste Bilanz der UVEK-Politik!

Die Schweiz steht mit ihrer zunehmend auf Zwangsmassnahmen gegen die Strasse ausgerichteten Verkehrspolitik international immer mehr im Abseits. Längst setzt man dort auf «Co-Modalität» (das Miteinander von Strasse und Schiene), weil gerade schwere Nutzfahrzeuge in den letzten zehn Jahren massiv umweltfreundlicher geworden sind.

**Die «reine Katastrophe»**

Was von den Kommunikationsfachleuten des UVEK als Erfolg verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hin-



Statt immer mehr wird zunehmend weniger auf der Schiene transportiert.

sehen als reine Katastrophe. Zwar ist die Anzahl Lastwagen, welche die Schweizer Alpen im Jahr 2009 durchquert haben, tatsächlich um 7 Prozent zurückgegangen. Angesichts des massiven Wirtschaftseinbruchs er-

staunt dies aber kaum. Viel aussagekräftiger ist ein Vergleich mit der Bahn: Diese hat im gleichen Zeitraum nämlich 17 Prozent eingebüsst. Von Verlagerung keine Spur - im Gegenteil: Die Schiene hat damit massiv

und in katastrophalem Ausmass Marktanteile an die Strasse verloren. Der Bahnanteil ist von einst 66 Prozent innert Kürze auf 61 Prozent gesunken. Dies ist die triste Bilanz der milliardenteuren Schweizer Verlagerungspolitik, deren Vorbildcharakter über Jahre hinweg vollmundig verkauft worden ist.

Seit Jahren weisen die ASTAG und praktisch veranlagte Experten, die etwas von der Materie verstehen und nicht bloss linksgrüne Verlagerungsillusionen predigen, darauf hin, dass die Schweizer Verlagerungspolitik gescheitert ist. Sie kann nicht funktionieren!

**Politik muss handeln - für die Schweizer Wirtschaft**

Mit stets nur einschränkenden Zwangsmassnahmen gegen den

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE RECHTS

**HEUTE IN DER**

**Gewerbezeitung**

**HAUSARZT-INITIATIVE 4**

Die Apotheker wollen den Hausarztberuf fördern, doch ein Sonder-schutz geht ihnen zu weit.

**RECHTSSCHUTZ 4**

Die Rezession macht klagefreudiger - weitsichtige KMU können sich hohe Kosten sparen.

**KMU-PORTRÄT 7**

Die Lang Holzbau AG im luzernischen Altishofen setzt auf Innovation und heimische Materialien.



Der Automobilist kann sich noch so «political correct» verhalten: Am Schluss wird er dennoch gnadenlos zur Kasse gebeten.

VERKEHRSPOLITIK – Wir brauchen eine veränderte Denkweise:

## Miteinander statt Gegeneinander

FORTSETZUNG VON SEITE 1

überhaupt erst ermöglicht haben. Irrendwie total absurd!

### Ein weiterer «Hund begraben»

Im Falle der Treibstoffzölle liegt jedoch noch ein anderer schlafender Hund begraben: Einen nicht unbedeutenden Ertrag erzielt der nationale Fiskus durch den Treibstoff-Tourismus. Weil unsere Treibstoffpreise im Vergleich zur EU – noch – spürbar tiefer sind, füllen die EU-Bürger – speziell entlang der Schweizer Grenze, allem voran die Grenzgänger – ihre Tanks mit Vorliebe in der Schweiz. In der Treibstoffzoll-Erhöpfung per 2015 steckt demnach ein weiterer «Killerfaktor»:

Sollte dadurch nämlich der Preisunterschied zur EU aufgehoben oder nur noch marginal sein, dann verliert der Bundesfiskus neue, bisher vergleichsweise «sichere» Zolleinnahmen. Der geneigte Leser ahnt das Verhängnis:

Auch dieser Einnahmefall müsste mit weiteren Treibstoffzoll-Erhöhlungen ausgeglichen werden – bei den Einheimischen ...

Dieses Schwarzpeter-Spiel von der «Qualität» eines Perpetuum mobile lässt sich aber noch weiter auskosten: Je mehr Schweizerinnen und Schweizer anstelle des Autos zum Beispiel den öV benutzen – was ja bekanntlich ebenfalls ein Dogma in unserem Staatswesen ist –, desto mehr schwinden so auch die dringend benötigten Zolleinnahmen, die ja nicht nur für den Strassenbau, sondern auch zur Finanzierung der öV-Infrastruktur verwendet werden (sollen).

### «Kamikaze»-Situation

In der Konsequenz gerät so das Finanzierungssystem in eine eigentliche «Kamikaze»-Funktion. Das heisst: Es bringt sich selber um! Oder ganz pragmatisch ausgedrückt: Je mehr sich der brave Bürger zielgerecht verhält, desto mehr ist er der

«Dumme». Er wird unter dem Strich immer zur Kasse gebeten – auch jener, der den öV benutzt.

### AHV-Milliarden «gefährdet»

Derlei Absurditäten wüten aber nicht nur beim Treibstoffzoll. So fließen über 50 Prozent (!) des Zigarettenpreises in die AHV/IV. Konkret: 2007 über 2 Mrd. Franken! Es müsste also im Interesse des Staates liegen, die Zahl der Raucher stabil zu halten. Das Gegenteil ist der Fall: Nur Nichtraucher-Bürger sind gute Bürger. Es wird offenbar auch – wie angestrebt – immer weniger geraucht: Mit dem fatalen Resultat, dass so auch die AHV-Einnahmen sinken. Ganz klar: Deshalb wird auch der Preis für Tabakwaren in immer schnellerem Rhythmus angehoben. Also: noch mehr Nichtraucher – ganz im Sinne des gesundheitsbewussten Staates. Zu guter Letzt werden aber die Nicht(mehr)raucher den Einnahmefall der AHV/IV-Kasse tragen müs-

sen. Auch hier beisst sich die Schlange selbst in den Schwanz.

### Hochseilakt für das ASTRA

Zurück zum Verkehr und zu den angedrohten Treibstoffzollerhöhungen: Es ist unbestritten, dass der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu einem immer dringlicheren Problem wird und damit für das ASTRA zu einem Finanzierungs-Hochseilakt.

Aus Sicht der KMU-Wirtschaft rächt sich jetzt im Grunde genommen die jahrelange, nur ideologisch motivierte Politik, mit welcher der motorisierte Privatverkehr gegen den öffentlichen Verkehr ausgespielt und einseitig mit allen nur erdenklichen Restriktionen behindert worden ist. Anstatt die Stärken beider Verkehrsträger synergetisch zu nutzen – also ein Miteinander von Schiene und Strasse zu forcieren, das die pragmatische Bewältigung der wachsenden Mobilität zum Grundsatz hat – wurden die Kapazitätsprobleme der Strasse weitgehend vernachlässigt. Gleichzeitig hat man verbissen versucht, den öV zu favorisieren, gerade auch dort, wo er im Vergleich zur Strasse klare Schwächen zeigt.

### Hohe Kosten in Sicht

Anstatt beide Verkehrsträger nach dem Prinzip der «Co-Modalität» mit stetigen Infrastruktur-Anpassungen – auch ökologisch – zu stärken, zeichnet sich jetzt immer mehr eine fatale Schwächung sowohl der Strasse als auch der Schiene ab. Fazit: Es wird immens viel Geld kosten, um diese Sünden der Vergangenheit auszubügeln; Geld, das auch unserer KMU-Wirtschaft fehlen wird.

Noch fataler: Eine VCS-Volksinitiative will der Strasse erhebliche Mittel entziehen und in den öV pumpen. Dies würde das Kapazitätsdilemma aber nicht lösen, sondern nur deutlich verschärfen. Wann endlich wird die Schweiz vernünftiger – das heisst: pragmatischer – und löst ihre Probleme, anstatt vorwiegend Ideologien zu dreschen?

Christoph Buser, Landrat  
Bereichsleiter KMU-Förderung

(Kommentar auf Seite 1)

FORTSETZUNG VON SEITE 1

## Zwangsverlagerung ist gescheitert

Strassentransport kann man die Verlagerung nicht erzwingen. Mehr noch: Neue Einschränkungen wie die geplante Alpentransitbörse werden dazu führen, dass die schweizerische Verkehrspolitik endgültig in einem totalen Fiasko enden wird. So wird zwar der Transitverkehr weiter zunehmen, sobald die Wirtschaft wieder anzieht. Die KMU-orientierte Binnenversorgung wird sich aber je länger, je mehr aus dem Norditalien- und Tessin-Verkehr zurückziehen. Mit verheerenden Folgen für die Schweiz und ihre Wirtschaft.

Deshalb lehnt die ASTAG eine Kontingentierung mit einer Alpentransitbörse ab. Und auch eine Totalsperre der Gotthardachse für die Sanierung hätte gravierende Folgen. Es ist an der Zeit, hier jetzt endlich umzudenken.

### Milliarden offenbar wirkungslos verpufft

Die ASTAG fordert die Politik und vor allem Behörden auf, jetzt endlich eine neue Strategie zu wählen: Anstelle der «Bestrafung» des Strassentransportes muss dessen Bedeutung für die Schweiz und die Bevölkerung anerkannt werden. Die ASTAG spricht sich denn auch in erster Linie für echte Reformen im Bahnbereich aus. Hier sind jetzt einschneidende Massnahmen dringend, sonst droht nämlich bereits das nächste Waterloo: Nach dem «Verlagerungsfiasko» müssen sich Politik und Behörden nämlich dereinst auch um den finanziellen Schaden kümmern, den sie angerichtet haben: Zum einen sind seit Jahren Milliarden offenbar wirkungslos verpufft oder werden noch weiter verlockt (Neat-Luxuslösungen). Zum anderen wird der Schweizer Wirtschaft für die gescheiterte Politik massiv Geld entzogen (Abgaben, Steuern, Zeitverluste usw.).

### «Verlagerungssillusion» in der EU gestrichen

Die EU hat den Weg der Co-Modalität bereits eingeschlagen. Im neusten «Weissbuch der EU-Verkehrspolitik», das Ende Jahr vorliegen soll, wird anstelle der «Verlagerungssillusion» neu ganz klar auf das Nebeneinander von Strasse und Schiene gesetzt. Dies vor allem auch, weil Nutzfahrzeuge in den letzten zehn Jahren massiv umweltfreundlicher geworden sind und heute in Sachen Ökobilanz in vielen Bereichen mit der Schiene mehr als konkurrenzieren können! (ASTAG)

ARBEITSRECHT – Der Rechtsberater der Wirtschaftskammer Baselland gibt Auskunft

## Welche Bedeutung hat das Arbeitszeugnis in der Praxis



Jascha Schneider  
Dr. iur.  
Rechtskonsulent der  
Wirtschaftskammer  
Baselland

Das Arbeitsverhältnis war lange Zeit freundschaftlich und erfreulich – dann kam es zum grossen Zerwürfnis mit viel Ärger, ungerechtfertigten Vorwürfen an den Patron und negativen Auswirkungen auf das Betriebsklima. Was darf über diese letzte, unangenehme Phase ins Arbeitszeugnis einfließen? Wie ehrlich darf oder muss der Arbeitgeber sein?

Vorweg: Die Gerichte entscheiden bei der Beurteilung von Arbeitszeugnissen grundsätzlich sehr arbeitnehmerfreundlich. Es ist in der Praxis nur schwer möglich, einem Arbeitnehmer ein schlechtes Zeugnis auszustellen. Die Gerichte vermuten vielmehr grundsätzlich eine zufriedenstellende bis gute Arbeitsleistung. Wer mehr oder weniger behauptet, muss dies beweisen. Oftmals erhalten daher auch schlechte Mitarbeiter tendenziell bessere

Zeugnisse, als sie verdienen, weil etwas anderes nicht bewiesen werden kann oder der Arbeitgeber vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung zurückschreckt.

Nicht selten lassen Arbeitgeber den Arbeitnehmer einen Entwurf seines Zeugnisses aufsetzen, den sie dann zähneknirschend unterzeichnen. Dadurch hat die Bedeutung der Zeugnisse im Geschäftsalltag deutlich abgenommen.

Auch das Argument, der Arbeitgeber sei verpflichtet, wahrheitsgemäss Auskunft zu erteilen und müsse auch über negative Eigenschaften des Arbeitnehmers berichten, weil er sonst haften greift, greift nur in der Theorie. Ein nicht mehr amtierender Gerichtspräsident hat diese an und für sich legitime Rechtfertigung einmal mit dem lapidaren Satz abgekanzelt, er habe in seiner langjährigen Praxis

noch nicht einen einzigen Fall gehabt, in dem ein ehemaliger Arbeitgeber wegen eines zu wohlwollend formulierten Zeugnisses zur Rechenschaft gezogen worden sei. Ungenügende Arbeitsleistungen können allenfalls über schriftlich abgefasste und vom Angestellten unterzeichnete Protokolle von Mitarbeitergesprächen nachgewiesen werden. Auch mehrfache schriftliche Abmahnungen oder ein Feedback per E-Mail können hilfreich sein. Oft bleibt im Geschäftsalltag dafür zu wenig Zeit oder Feedback wird aus Anstand eher höflich formuliert.

### Andere Informationsquellen

Versierte Personalverantwortliche stellen längst nicht mehr auf die schriftliche Auskunft der vergange-

nen Arbeitgeber ab. Wer sich über einen Bewerber informieren will, legt den Schwerpunkt auf das Interview mit dem Stellensuchenden und holt Referenzen bei persönlich bekannten Dritten in einem Gespräch unter vier Augen ein. In diesem Zusammenhang ist freilich zu bemerken, dass an und für sich auch bei einer solchen Informationsbeschaffung auf dem «Graumarkt» die Regeln des Datenschutzes und des Arbeitsrechts zu beachten sind. Verstösse werden jedoch nur selten bekannt und sind noch seltener beweisbar.

Entscheidend ist, dass die Gerichte bei einem Zeugnis nicht nur die Schlussphase des Arbeitsverhältnisses betrachten, sondern auf die gesamte Dauer abstellen. Selbst wenn z.B. am Ende eines mehrjährigen Anstellungsverhältnisses begründetermassen «bad feelings» übrig geblieben sind, muss das Zeugnis wohlwollend formuliert sein und darf den Arbeitnehmer nicht in seinem wirtschaftlichen Fortkommen behindern. Oft fällt es schwer, solche Zeugnisse zu unterzeichnen. Juristische Auseinandersetzungen lohnen sich jedoch nur in seltenen Fällen. Die nächste «Standpunkt»-Ausgabe gibt Auskunft, welchen Inhalt ein Arbeitszeugnis aufzuweisen hat. J.S.

## ARBEITGEBER AKTUELL

### PASSIVRAUCHSCHUTZ – ab 1. Mai Situation am Arbeitsplatz überprüfen



Ab dem 1. Mai 2010 wird der Schutz der Arbeitnehmenden vor Passivrauchen neu geregelt. Dies sollte für die Unternehmen Anlass sein, ihre heutige Praxis zu überprüfen und – falls nötig – den neuen gesetzlichen Regelungen anzupassen. Die neuen Regelungen gelten nämlich nicht nur für Restaurations- und Hotelbetriebe, sondern generell für geschlossene Räume und damit auch für Unternehmen. Der Schweizerische Arbeitgeberverband SAV hat kürzlich zu diesem Thema in seinem Magazin «Schweizer Arbeitgeber» einen aufschlussreichen Beitrag publiziert. Dieser Artikel von Jürg Zellweger kann per Mail als PDF angefordert werden bei: [standpunkt@kmu.org](mailto:standpunkt@kmu.org)

## IMPRESSUM

### Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgv,  
Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern,  
Tel. 031 380 14 14 – [verlag@sgv-usam.ch](mailto:verlag@sgv-usam.ch)

Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern  
Tel. 031 380 14 43 – [redaktion@sgv-usam.ch](mailto:redaktion@sgv-usam.ch)

### Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland  
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium  
für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft  
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,  
4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: [www.kmu.org](http://www.kmu.org)

e-mail: [standpunkt@kmu.org](mailto:standpunkt@kmu.org)

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor  
Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

### Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland  
e-mail: [standpunkt@kmu.org](mailto:standpunkt@kmu.org)

Abdruck von «standpunkt»-Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

**ZUWACHS** – Positive Entwicklung des Drivers Competence Centre DCC

## Neues Kursangebot

Ende März fand die dritte Generalversammlung der Drivers Competence Centre AG (DCC AG) statt, die in der Aus- und Weiterbildung im Bereich des motorisierten Privatverkehrs tätig ist. Das wichtigste Angebot ist laut DCC-Präsident **Felix Knöpfel** die Organisation und Durchführung der obligatorischen Weiterbildung für Neuliker.

Im dritten Geschäftsjahr konnte bei den Kursteilnehmern wiederum ein erfreulicher Zuwachs verzeichnet werden. Der Umstand, dass die DCC jedoch nach wie vor über keine eigene Kursliste verfügt und hier auf fremde Anbieter ausweichen muss, belastet die Jahresrechnung und verzögert den wirtschaftlichen Erfolg.

### Kurs für bestandene Autofahrerinnen und -fahrer

Neu bietet die DCC AG einen «Refresher-Kurs» an. Dieses Angebot richtet sich an langjährige Autofahrerinnen und -fahrer, die ihr Verkehrs- und Fahrverhalten verbessern wollen. Gleichzeitig wird auch die neueste Entwicklung im Strassenverkehrsrecht vermittelt. Der Kurs wird jeweils in Gruppen von 8 bis 12 Teilnehmern durchgeführt und dauert 4 bis 5 Stunden. Kontakt und Informationen: [www.drivers-cc.ch](http://www.drivers-cc.ch)

MWB.

## WARNUNG der Kantonspolizei BL Dubiose Handwerker

In einer ausführlichen Medienmitteilung hat kürzlich die Polizei Basel-Landschaft insbesondere die Wohneigentümer im Kanton gewarnt: Dieser Tage mehren sich erfahrungsgemäss die Meldungen bezüglich unseriöser Handwerker, welche zu überhöhten Preisen im Privatbereich Arbeiten erledigen oder zum Beispiel einen privaten Parkplatz teeren wollen. Die Polizei warnt vor solchen, in der Regel sehr aufdringlichen Handwerkern.

Das Phänomen ist aus den vergangenen Jahren bekannt. Nach der persönlichen oder telefonischen Kontaktaufnahme verlangen diese Handwerker einen völlig überhöhten Preis für eine qualitativ schlechte Gegenleistung, welche einen solchen Preis nie rechtfertigt. Die Polizei warnt vor solchen unseriösen Handwerkern, die möglicherweise auch in den kommenden Tagen und Wochen wieder im Baselbiet unterwegs sind, und bittet um erhöhte Aufmerksamkeit sowie allenfalls Meldung an die Polizei.

## KMU FRAUEN BASELLAND

### Jahresprogramm 2010

Für das Jahr 2010 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe in Planung bzw. bereits weitgehend fixiert. Die Mitglieder erhalten rechtzeitig die detaillierten Einladungen für die Anlässe.

#### Besichtigung TeleBasel

Dienstag, 18. Mai, 18 Uhr,  
mit exklusiver Führung und Blick hinter die Kulissen, Basel

#### «BioBauer»-Sommerplausch

Mittwoch, 30. Juni, 17 Uhr,  
mit Besichtigung des BioBauern-Betriebs Rehaghof/Schürhof in Aesch; anschliessend gemütliches Grillieren und Degustieren

#### Betriebsbesichtigung Käch AG, Dornach

September,  
Sanitäts- und Rettungs-Notzentrale Heinrich Käch AG, Dornach

#### Weihnachtsanlass

November,  
mit Partner: «Wein & Schokolade»

An einer Mitgliedschaft interessierte Damen sind eingeladen, an einzelnen Anlässen teilzunehmen und dabei KMU-Frauen unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten um vorherige Anmeldung.

#### Weitere Auskünfte und Anmeldung:

Tel. 061 927 65 58 oder  
[kmu-frauen@kmu.org](mailto:kmu-frauen@kmu.org)

## POLITKOLUMNE

# Regionale «Pfauen» in der Bundespolitik

**N**icht Selbstläufer und Selbstdarsteller sind gefragt, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf eigene Faust und ohne Absprache mehr oder weniger populistische Lösungen hinausposaunen und sich in Szene setzen.» Dieser Satz über die FDP Schweiz («Zentralschweiz am Sonntag», 7. März 2010) stammt vom freisinnigen Schwyzer Alt-Nationalrat (1991–99) und Alt-Ständerat (1999–2003) Toni Dettling.

Dettling präsierte während Jahren den Schweizerischen Hauseigentümerverband (HEV). Als reaktionsschneller Interessenwahrer des Wohneigentums war Dettling ein erfolgreicher Strippenzieher. Ausserhalb der Kommissionen und Ratssäle mied er das Scheinwerferlicht der Medien. Das war seine Methode und sein Erfolgsgeheimnis. Es war eine Mischung aus Diskretion und Präsenz, mit der er zentrale Anliegen seiner Wählerschaft, seines Kantons und seiner Interessensbereiche mehrheitsfähig machte.

**E**idgenössische Parlamentarier dieser Qualität sind eine aussterbende Gattung.

Schuld daran ist das hemmungslose Zusammenwirken von Politikern und Medien; schuld ist die lokale Nabelschau zum eidgenössischen Geschehen. Nahezu alle – von den Spitzenleuten der Räte und Fraktionen bis hin zu profilblässen Hinterbänkler – haben nicht mehr die geringsten Hemmungen, mit jedem



**Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.**

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

unausgeregten Gedankenblitz – lieber würde man sagen: Furz – ins Scheinwerferlicht zu treten. Nachdenken unnötig. Als Erfolgsausweis genügt die Erwähnung in Regionalblättern und Lokalradios. Solche Effekthascherei bedarf keiner besonderen Anstrengung. Denn es ist den Regionalmedien nicht mehr wichtig, die besten Kenner und die massgebenden Akteure auftreten zu lassen.

Jeder eigene Hinterbänkler wird reflexartig sehr viel höher gewichtet als eine parlamentarische Koryphäe aus einer andern Region oder gar aus einem anderssprachigen Landesteil. Nationale Leuchttürme von ehemals wie Ulrich Bremi, Ernst Mühlemann, Gilles Petitpierre, Helmut Hubacher, Peter Bodenmann, Franz Steingger oder Carlo Schmid (und noch eine Handvoll andere) hätten unter solchen Bedingungen nie und nimmer schweizweite Wirkung erzielt.

**D**as ständige Vorführen von «Lokalgrössen» zu Themen von nationaler Relevanz verunmöglicht der Wähler- und Stimmbürgerschaft auf Dauer eine seriöse Gewichtung des bundespolitischen Geschehens und damit eine fundierte Meinungsbildung. Und wenn Lokalpfauen ihre ganze Legitimation zum Rad schlagen noch damit rechtfertigen, dass sie schliesslich in Opposition zur eigenen Partei und Fraktion handelten, dann wird der Polit-Exhibitionismus vollends unerträglich. (Wer sich durch diesen Satz betroffen fühlt, ist auch gemeint!) Das Land braucht in Bern dringend mehr «Teamplayer» statt Sololäufer. Das Land braucht keine Politiker, die auf den heimischen Miststock klettern und sich dort dem Lokalwählerpublikum in Heldenpose präsentieren. Das Land braucht für 2011 Kandidaten, die als ernstzunehmende Bundespolitiker wirken wollen.

P.A.

## ZENTRALES THEMA – Dach & Wand Baselland diskutiert neue schweizerische Namensgebung

### Eigene Handwerks-Identität bewahren

In seinem Jahresrückblick bezeichnete Präsident Matthias Ritter die Prattler Berufsschau, den 3. Rang eines Schweizer Dachdeckers bei den Berufsweltmeisterschaften und die Wahl seines Vorgängers **Andreas Bergamini** in den Zentralvorstand des schweizerischen Dachverbandes als besonders erfreuliche Ereignisse.

Als negativ muss die Aufhebung der Kautionspflicht vermerkt werden. Dieser unverständliche Entscheid beraube die Zentrale Paritätische Kontrollstelle (ZPK) eines wichtigen Instrumentes, um die Bestimmungen des Entsendegesetzes auch wirksam durchzusetzen.

#### Anspruchsvollere Baustellenkontrollen

ZPK-Vizepräsident **Markus Meier** orientierte die Mitglieder des Verbandes über die aktuelle Entwicklung im Bereich der Personenfreizügigkeit. Im letzten Jahr sei eine deutliche Zunahme der Entsendemeldungen zu verzeichnen gewesen. Bei den Manntagen weise das Jahr 2009 einen Rekord auf. Gegenüber 2008 habe eine Steigerung von über 80 Prozent stattgefunden. Insbesondere die zunehmende Grösse und die Komplexität der Baustellen hätten dazu geführt, dass man die Kontrollen deutlich habe intensivieren müssen.

Vorstandstisch (v. l.): Kaspar Mosimann, Matthias Ritter, Stephan Zihlmann, Martin Hubschmid, Thomas Dalhäuser, Gabriel Cueni.



#### Neuer Name gibt zu reden

Seit dem letzten Jahr firmiert der schweizerische Dachverband unter dem Namen «Gebäudehülle Schweiz». Der neue Auftritt stösst bei den Baselbieter Verbandskollegen nicht auf ungeteilte Begeisterung. Insbesondere stelle sich die Frage, was letztlich alles unter den Begriff «Gebäudehülle» falle. Schliesslich seien auch andere

Handwerksgruppen – etwa Schreiner und Gipser – involviert. Eine äusserst lebhaft diskutierte Vorbehalte gegenüber einer kompletten Übernahme der schweizerischen Verbandsbezeichnung. In einem Punkt sind die Baselbieter zumindest einig: Ihr Handwerk soll auch künftig sowohl im Namen als auch im Verbandslogo deutlich erkennbar sein. MWB.

## JUBILÄUM – KMU Frenkendorf/Füllinsdorf sind 60 Jahre jung

### Geburtstags-Ausstellung

Co-Präsident **Martin Wolf** blickte auf ein abwechslungsreiches Vereinsjahr 2009 zurück. Neben den schon traditionellen Aktivitäten wie «Ustehle» und dem Stellen der Weihnachtsbäume erhielten die Mitglieder des Gewerbevereins KMU Frenkendorf/Füllinsdorf am Gewerbe-Apéro im Frühling einen Einblick in die kommunale Wasserversorgung. Der Herbstanlass war am Beispiel Briefzentrum Härkingen dem Thema «Logistik» gewidmet. Als einzigen Wermutstropfen in seinem

Jahresbericht musste Wolf die Absage der geplanten Gewerbeausstellung vermelden. Trotz intensiver Bemühungen des Vorstandes gelang es leider nicht, genügend Teilnehmer für die «KMU-Show 2010» zu rekrutieren.

#### Jubiläumsausstellung

Das laufende Jahr steht im Zeichen des 60-Jahr-Jubiläums. Am Dorfmarkt, der vom 10. bis 12. September stattfindet, will der Gewerbeverein mit einer öffentlichen Ausstellung



Co-Präsident Martin Wolf.

im Bürgerhaus seiner Gründung im Jahre 1950 gedenken. Mit historischen Bildern, Dokumenten, Gebrauchsartikeln und handwerklichen Gegenständen soll der Werdegang des Vereins veranschaulicht werden. Als Basis für diese Jubiläumsausstellung kann der Verein auf ein reichhaltiges Archiv zurückgrei-

fen. Am 8. September werden die KMU-Mitglieder mit einem speziellen Apéro diese Ausstellung eröffnen und den runden Vereinsgeburtstag würdig feiern.

#### Polit-Engagement erwünscht

Der Frenkendorfer Gemeinderat **Roger Gradl** beglückwünschte den Gewerbeverein zur Unterzeichnung der Polit-Charta und rief die KMU-Mitglieder auf, sich politisch zu engagieren. Immerhin setze sich der siebenköpfige Gemeinderat bereits aus drei aktiven KMU-Mitgliedern zusammen. Landrat **Christoph Buser**, Leiter KMU-Förderung der Wirtschaftskammer Baselland, lobte in diesem Zusammenhang die «wohl nicht zufällig» gewerbefreundliche Beschaffungspolitik der Gemeinde. MWB.